

## **20.06.2024 PRESSEMITTEILUNG**

### **Zentralrat begrüßt Einsetzung der Bund-Länder-Kommission Antiziganismus als historischen Schritt**

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma sieht in der am 20. Juni durch die Ministerpräsidentenkonferenz und das Bundeskanzleramt eingesetzten gemeinsamen Bund-Länder-Kommission zur Bekämpfung des Antiziganismus ein bedeutendes Signal der politischen Unterstützung.

„Die Bund-Länder-Kommission wurde seit langem vom Zentralrat eingefordert und auch von der Unabhängigen Kommission Antiziganismus unterstützt, die vom damaligen Bundesinnenminister Horst Seehofer berufen wurde. Auch in der historischen Debatte über den Entschließungsantrag der demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag vom 14. Dezember 2023 wurde diese Kommission als notwendig erachtet. Der Zentralrat begrüßt die jetzige gemeinsame Entscheidung von Bund und Ländern, die deutlich macht, dass die Bundesregierung auch die Gefahren des Antiziganismus verstärkt in den Fokus nimmt,“ so der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose.

Die Aufgaben der Kommission beinhalten unter anderem die Stärkung der gesellschaftlichen Bewusstseinsbildung über die Gefahren des Antiziganismus in der Gegenwart und über den Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa, sowie die Förderung der gesellschaftlichen Teilhabe der Minderheit. Der Zentralrat würdigt auch, dass der internationale Austausch zur Bekämpfung des Antiziganismus von Bund und Ländern angestrebt wird, um die verheerenden Folgen dieses speziellen Rassismus gegen Sinti und Roma, vor allem in den osteuropäischen Ländern, zu ächten und zu verurteilen.

Romani Rose dankte dem Bundesbeauftragten gegen Antiziganismus, Dr. Mehmet Daimagüler, für seine Unterstützung gegenüber der Bundesregierung und den Ländern zur Einrichtung der Bund-Länder-Kommission.